



**N I E D E R S C H R I F T**  
**(öffentlicher Teil)**  
**12. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode**  
**2013/2018**  
**am Dienstag, 03.02.2015**

**Ort:** Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordner Allee 2- 6,  
23560 Lübeck,  
**Beginn:** 16:04 Uhr  
**Ende:** 18:38 Uhr

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Andreas Sankewitz- SPD

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN

Antje Jansen- DIE LINKE

2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN

Heidemarie Menorca- CDU

Peter Petereit- SPD

Henning Stabe- CDU

bis 18.36 h

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Gesche Peters- SPD

Vertretung für: Herrn Schaffenberg,  
Ingo

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN

Nil Gersdorf- CDU

Natalie Regier- BfL

bis 18.34 h

Joachim Schlitzke- FDP

Ulrike Siebdrat- SPD

Erika Keusch- CDU

Vertretung für: Herrn Thalau, Thomas

Jean Paul Köpsell- SPD

## Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales  
Aenne Beuck-  
Monika Borso-  
Dr. Michael Hamschmidt-  
Ulrike Harnack-  
Marion Höfs-  
Ulrich Kewitz-  
Anne-Katrin Lorenzen- Stadtplanung  
Sigrid Roggensack-  
Elke Sasse-  
Claudia Schwartz-  
Christian Stolte- Stadtplanung  
Matthias Wulf-

## Protokollführung

Britta Bormann-

## Gäste

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	nur ÖT
Karina Glisovic- Personalrat SIE	bis TOP 14.1
Beate Herrmann- Personalrat SIE	bis TOP 14.1
Peter Jugert- Seniorenbeirat	bis TOP 14.1
Gerlinde Lehmann- Seniorenbeirat	nur ÖT
Sermin Nolte- Forum für MigrantInnen	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Sylvia Topel- Personalrat SIE	bis TOP 14.1

## Entschuldigte Mitglieder

### Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD	fehlt entschuldigt
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 02.12.2014
5. Mitteilung des Vorsitzenden
6. Berichte
  - 6.1. Asylsuchende in Lübeck  
Vorlage: VO/2015/02229
  - 6.2. Flüchtlingskonferenz  
-mündlicher Bericht Frau Schwartz-
    - 6.2.1. Zu Top 6.2 - Teilnahme an Lübecker Flüchtlingskonferenzen  
Vorlage: VO/2015/02316
7. Beschlussvorlagen
  - 7.1. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013  
Vorlage: VO/2014/01795
  - 7.2. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"  
Vorlage: VO/2014/01797
    - 7.2.1. Antrag der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt und Rolf Klinkel zu VO/2014/01795 Wohnungsmarktkonzept und VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung "Lübeck 2030"  
Vorlage: VO/2015/02282
  - 7.3. Nothilfefonds - Förderung durch die Possehl-Stiftung  
Vorlage: VO/2015/02230
8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
  - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte  
Sitzung Ausschuss für Soziales am 03.02.2015  
Vorlage: VO/2015/02243
  - 9.2. Lübeck-Card
  - 9.3. Obdachlose mit Migrationshintergrund
  - 9.4. KISS
10. Anfragen
11. Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern
  - 11.1. Unterkünfte für Obdachlose (Überweisungsantrag aus dem Hauptausschuss)  
Vorlage: VO/2015/02244
  - 11.2. Betriebskostenspiegel -Antrag der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt und Rolf Klinkel-  
Vorlage: VO/2015/02293
12. Verschiedenes
16. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

## Öffentlicher Teil:

### **TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**

Der Vorsitzende eröffnet die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Herrn Jugert und Frau Lehmann (Seniorenbeirat), Frau Bade (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Frau Nolte (Forum für MigrantInnen), Herrn Dordowsky (Presse) sowie die Öffentlichkeit.

Herr Schaffenberg fehlt entschuldigt und wird durch Frau Peters vertreten.  
Für Herrn Thalau ist Frau Keusch anwesend.

Alle anwesenden Ausschussmitglieder wurden bereits nach § 46 Abs. 6 GO verpflichtet.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

### **TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Vor Sitzungsbeginn wurde eine Nachtragstagesordnung umverteilt, mit der der interfraktionelle Antrag zu TOP 6.2 betr. „Teilnahme an Lübecker Flüchtlingskonferenzen“ dem TOP 6.2.1 zugeordnet wurde.

Zum TOP 7.2 „Lübeck 2030“ wurde außerdem eine tabellarische Übersicht umverteilt.

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

9.2 Lübeck-Card

9.3 Obdachlose mit Migrationshintergrund

9.4 KISS

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Der mündliche Sachstandsbericht von Frau Roggensack zum Thema „Zukunftssicherung der SIE“ soll unter TOP 14.1 nichtöffentlich beraten werden.

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Ausschuss ist mit einer Teilnahme an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt von Herrn Jugert und Frau Lehmann sowie den Vertreterinnen des Personalrats der SIE einverstanden.

Der Zuordnung der TOP 13 und 15 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

**Die Tagesordnung ist damit festgestellt.**

#### **TOP 4          Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 02.12.2014**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.**

#### **TOP 5          Mitteilung des Vorsitzenden**

##### **5.1      Frühlings-/Faschingsfeste in den SeniorInnenEinrichtungen**

Vor Sitzungsbeginn wurden die Termine der Frühlings-/Faschingsfeste der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck umverteilt. Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, bei Interesse ihre Teilnahme bei Frau Roggensack          anzuzeigen.

##### **5.2      Termininformationen**

Vor Sitzungsbeginn wurden Termininformationen für die nächste Sitzung des Ausschusses umverteilt.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

#### **TOP 6          Berichte**

##### **TOP 6.1      Asylsuchende in Lübeck Vorlage: VO/2015/02229**

Fragen von Frau Jansen bezüglich der im Bericht aufgezeigten personellen Konsequenzen (Notwendigkeit der Besetzung von 10 zusätzlichen Planstellen) beantworten Herr Senator Schindler, Frau Schwartz und Herr Kewitz.

Frau Menorca wird auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Aufgabe des Flüchtlingskoordinators durch eine/n vorhandene/n Mitarbeiter/in wahrgenommen werden solle.

Frau Akyurt bittet die Verwaltung, über den weiteren Ablauf des Stellenbesetzungsverfahrens zu gegebener Zeit zu berichten.

Zur Grafik 5 des o.a. Berichts zum Thema „Unterbringungsmöglichkeiten“ fragt Herr Stabe, wie die Unterbringung der Asylsuchenden angesichts der aktuellen Entwicklung auch künftig sichergestellt werden solle.

Herr Senator Schindler erwidert, es bestünden Verhandlungen und Planungen an sieben weiteren Standorten; man werde aber auch künftig auf die Unterbringung der Asylsuchenden in Hotels oder bei gewerblichen Vermietern angewiesen sein.

Angesichts der zu erwartenden weiteren 1.000 Asylsuchenden seien künftig Kompromisse erforderlich, um den Unterbringungsbedarf zu decken.

Es sprechen außerdem Frau Menorca, Frau Jansen und Herr Klinkel.

Zu Fragen von Frau Akyurt und Frau Gersdorf bezüglich der Schaffung einer Koordinierungsstelle (siehe in diesem Zusammenhang auch Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaftssitzung vom 29.01.2015 „Koordinierungsstelle Begrüßungskultur“) verweist Herr Senator Schindler auf die kommende Ausschusssitzung im März.

Herr Petereit dankt der Verwaltung für ihre Arbeit; in Lübeck sei „Immenses“ geleistet worden. Die Verwaltung benötige die Unterstützung durch die Politik. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle halte er für hilfreich.

#### **Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.**

### **TOP 6.2 Flüchtlingkonferenz -mündlicher Bericht Frau Schwartz-**

Herr Senator Schindler berichtet kurz über die Lübecker Flüchtlingskonferenz vom 15.01.2015 und verweist dazu inhaltlich auf die an die Fraktionsbüros übersandte Präsentation.

Frau Schwartz führt ergänzend aus, sie habe nach der o.a. Sitzung ein gutes feedback erhalten und erste Gespräche darauf aufgebaut (u.a. mit einer großen Wohnungsbaugesellschaft).

#### **Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.**

### **TOP 6.2.1 Zu Top 6.2 - Teilnahme an Lübecker Flüchtlingskonferenzen Vorlage: VO/2015/02316**

#### **Antrag:**

*Zu den folgenden Lübecker Flüchtlingskonferenzen wird je ein Vertreter aller Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft eingeladen. Die Fraktionen erhalten damit die Möglichkeit, sich angemessen an der Diskussion um den Umgang mit Flüchtlingen in der Hansestadt zu beteiligen.*

Eine Liste der TeilnehmerInnen an der Flüchtlingskonferenz am 15.01.2015 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Es sprechen Frau Gersdorf, Herr Senator Schindler, Frau Menorca, Herr Schlitzke sowie der Vorsitzende.

**Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag stattzugeben.**

<b>TOP 7</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
<b>TOP 7.1</b>	<b>Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013</b> <b>Vorlage: VO/2014/01795</b>

**Beschlussvorschlag:**

1. *Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Wohnungsmarktentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

**Siehe TOP 7.2.1**  
**- Vertagung -**

<b>TOP 7.2</b>	<b>Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"</b> <b>Vorlage: VO/2014/01797</b>
----------------	---

**Beschlussvorschlag:**

1. *Das Konzept „Lübeck 2030“ wird als Grundlage für die Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung und die daraus folgende städtische Bauleitplanung sowie für die Fortschreibung des Gesamtlandschaftsplanes beschlossen. Dies beinhaltet:*
  - a. *Die Suchräume für Wohnbau- und Gewerbeflächen der Kategorien 1 und 2 werden von weiteren konkurrierenden Nutzungen freigehalten. Bestehende Nutzungskonkurrenzen werden langfristig abgebaut.*
  - b. *Die in der Kategorie 3 vorgesehenen Suchräume werden langfristig nicht als Siedlungsflächen, sondern als Freiraum entwickelt.*
  - c. *Die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete erfolgt nach Prinzipien der Nachhaltigkeit. Maßnahmen der Innenentwicklung sollen die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich und als Wald genutzten Flächen auf das notwendige Maß begrenzen.*
2. *Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck von 1989/90 wird fortgeschrieben.*

**Siehe TOP 7.2.1**

**TOP 7.2.1 Antrag der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt und Rolf Klinkel zu VO/2014/01795 Wohnungsmarktkonzept und VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2015/02282**

**Antrag:**

*Die Konzepte „Zukunftsorientierte Stadtentwicklung 'Lübeck 2030'“ und „Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013“ werden als vorbereitende Arbeiten zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans begrüßt und als Berichte ohne Bindungswirkung zur Kenntnis genommen.*

*Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept „Lübeck 2030“ zu ergänzen um*

*- die Darstellung der Flächen für den sozialen Wohnungsbau unter Berücksichtigung der ökologischen*

*Nachhaltigkeit*

*- die Darstellung des Flächenbedarfs für die Hafenentwicklung*

*- eine gutachterliche Aufnahme aller Brachflächen, des Leerstandes in Gebäuden, Baulücken und Nachverdichtungspotentiale auf Grundstücken zur Erstellung eines Baulandkatasters mit dem Ziel, die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien, die durch die §§ 1 (5), 1a BauGB*

*normiert und ermöglicht werden, nachzuweisen*

*- eine gutachterliche Stellungnahme zu dem Konzept „Lübeck 2030“ anhand des Prüfkatalogs der Arbeitsgruppe „Ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung“ der Zukunftswerkstatt „Ein leises und klimafreundliches Lübeck“ 2013.*

*Die Ergebnisse dieser zusätzlichen Gutachten sind in das Konzept „Lübeck 2030“ zu integrieren und den Gremien erneut zur Beratung vorzulegen.*

Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 (TOP 7.1) wird kontrovers diskutiert.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Stabe, Frau Harnack, Frau Akyurt, Frau Jansen, Herr Klinkel, Herr Petereit, Frau Menorca, Herr Stolte, Herr Senator Schindler sowie der Vorsitzende.

Herr Stabe bezeichnet das Konzept als veraltet; es würde auf Zahlen aus 2012 fußen; der Wohnungsmarkt sei durch erhöhte Zuwanderung zwischenzeitlich „gekippt“. Insbesondere im preisgünstigen Wohnungssegment gäbe es mittlerweile ein deutliches Defizit.

Herr Stolte räumt ein, dass das Konzept zum Thema „Asylsuchende“ keine Zahlen liefere, da das Thema zum Zeitpunkt der Datenerhebung kein Problem darstellte. In Bezug auf den Bevölkerungsanstieg insgesamt weist er darauf hin, dass im Wohnungsmarktkonzept bereits mit einer optimistischen Variante gerechnet wurde, die über die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung hinausging. Angesichts eines insgesamt entspannten Wohnungsmarktes könne auch vor dem Hintergrund der unerwartet hohen Zuwanderungszahl noch nicht von einem „Kippen“ des Wohnungsmarktes gesprochen werden. Frau Harnack ergänzt, dass Defizite in Teilbereichen – z.B. Versorgung der wachsenden Zahl der Singlehaushalte – feststellbar seien, die bei der Anpassung von Wohnungsbeständen berücksichtigt werden müssen.

Frau Akyurt zitiert die Vorlage auszugsweise und erklärt, das Konzept könne keine Grundlage sein für die weitere Planung. Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten habe in der letzten Sitzung des Ausschusses auf den angespannten Wohnungsmarkt im niedrigpreisigen Bereich hingewiesen.

Sowohl Frau Akyurt als auch Herr Stabe und Frau Jansen sprechen sich dafür aus, die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Petereit fragt nach einer Möglichkeit und dem gfs. erforderlichen Zeitaufwand, das Konzept anzupassen.

Herr Stolte teilt mit, dass der Bereich Stadtplanung ein regelmäßiges Wohnungsmarktmonitoring unter Einbeziehung des Bereiches Soziale Sicherung anstrebt. Die Arbeiten dazu hätten bereits begonnen. Da auch das Konzept Lübeck 2030 immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden solle, sei die Sorge, die Verwaltung könnte mit

falschen Zahlen arbeiten, unbegründet. Vielmehr sei Lübeck 2030 ein Instrument der Flächennutzungsplanung. Hier benötige die Verwaltung ein Votum der Politik, ob die dargestellten Nutzungsprioritäten weiterverfolgt werden sollen. Im Übrigen sehe Lübeck 2030 die mittelfristige Umsetzung von 1.300 Wohneinheiten vor.

Herr Petereit beantragt die Vertagung der Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2.1.

Frau Menorca beantragt die Vertagung des TOP 7.2 (Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: „Lübeck 2030“).

**Der Ausschuss beschließt**

- mit 12 Ja- Stimmen und 3 Nein-Stimmen die Vertagung des Antrags (TOP 7.2.1)
- mit 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen die Vertagung des TOP 7.1
- mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Vertagung des TOP 7.2.

**TOP 7.3 Nothilfefonds - Förderung durch die Possehl-Stiftung  
Vorlage: VO/2015/02230**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 20.000,-- Euro wird angenommen.*

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erfolgen keine Wortmeldungen.

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

**TOP 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

**TOP 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**

**TOP 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte  
Sitzung Ausschuss für Soziales am 03.02.2015  
Vorlage: VO/2015/02243**

Die Liste liegt den Mitgliedern des Ausschusses vor.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

**TOP 9.2 Lübeck-Card**

Herr Senator Schindler erklärt, zur März-Sitzung des Ausschusses werde ein schriftlicher Bericht zum zeitlichen Ablauf und der Ausgestaltung der Lübeck-Card vorliegen. Für den geplanten Start im Frühjahr 2015 könne noch kein konkretes Datum genannt

werden.

Eine Frage von Frau Menorca beantwortet Herr Senator Schindler.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

**TOP 9.3      Obdachlose mit Migrationshintergrund**

Herr Senator Schindler verweist auf eine Diskussion in der „Steuerungsgruppe Integration“ bezüglich der obdachlosen polnischen Staatsbürger, die im Eingangsbereich des C&A-Gebäudes verweilen.

Als Touristen haben diese Personen keine sozialhilferechtlichen Ansprüche und keinen Anspruch auf Unterbringung.  
Die Vorwerker Diakonie bietet ihnen regelmäßig ihre Hilfe an, die allerdings abgelehnt wird.

Dazu spricht Frau Jansen.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

**TOP 9.4      KISS**

Herr Senator Schindler führt unter Hinweis auf den Prüfauftrag der Bürgerschaft aus dem Jahre 2013 aus, ein Freier Träger zeige Interesse an der Übernahme der Arbeiten der KISS.

In der März-Sitzung werde dazu im Einzelnen berichtet.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

**TOP 10      Anfragen**

Zu einer Anfrage von Frau Akyurt betr. „Budgetverträge“ wird Herr Senator Schindler im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Stellung nehmen.

Auf die Ausführungen unter TOP 15.1 wird verwiesen.

**TOP 11      Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern**

**TOP 11.1      Unterkünfte für Obdachlose (Überweisungsantrag aus dem Hauptausschuss)**

Folgender Antrag wurde vom Hauptausschuss in der dortigen Sitzung am 09.12.2014 mehrheitlich zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Soziales überwiesen:

*Dringlichkeitsantrag des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff und stellvertretenden Mitglieds Rolf Klinkel: Unterkünfte für Obdachlose*

**Antrag:**

*Der Bürgermeister wird aufgefordert:*

- 1. Unverzüglich dafür zu sorgen, dass die leer stehenden Räumlichkeiten des ehemaligen Ausgleichsamtes im Meesenring während der kalten Jahreszeit als Notunterkunft für obdachlose Menschen zur Verfügung stehen, dementsprechend eingerichtet und von MitarbeiterInnen der Vorwerker Diakonie betreut werden.*
- 2. Zusammen mit der Vorwerker Diakonie unverzüglich ein Konzept für die Erweiterung des Bodelschwinghauses zu entwickeln, für dessen Ausbau die Räumlichkeiten des ehemaligen Ausgleichsamtes im Meesenring zur Verfügung zu stellen und mit dem Umbau im Frühjahr 2015 zu beginnen.*
- 3. Dem Haupt- und dem Sozialausschuss in deren nächsten Sitzungen über die Umsetzung der Beschlüsse zu 1. und zu 2. sowie über die Unterbringung obdachloser Frauen und Familien zu berichten.*
- 4. Dem Haupt- und dem Sozialausschuss sowie der Bürgerschaft in den jeweiligen Februarsitzungen 2015 ein Konzept für die Vermeidung und Beseitigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit Lübecker EinwohnerInnen und Personen, die sich in der Hansestadt aufhalten, vorzulegen.*

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 02.12.2014 (TOP 11.1) wurde bereits folgendem Antrag einstimmig stattgegeben:

„Der Bürgermeister wird aufgefordert, am Standort Meesenplatz/Bodelschwingheim unverzüglich zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen, um der Überbelegung des Obdachlosenheimes und der speziellen Situation im Winter zu begegnen.“

Auf Nachfrage von Herrn Petereit zum Sachstand in dieser Angelegenheit teilt Herr Senator Schindler mit, der Bürgermeister habe grünes Licht gegeben für die Nutzung der benachbarten Räumlichkeiten; zur Zeit seien allerdings noch einige Formalitäten zu klären. Der Bürgermeister habe eine lediglich befristete Nutzung in Aussicht gestellt.

Für die Zukunft werde ein Gesamtkonzept erarbeitet, das die Unterbringung von Obdachlosen auch an anderen Standorten vorsieht.

Für die Zeit der Abstimmung über den Antrag (18.02 h – 18.04 h) verlässt Herr Petereit den Sitzungssaal.

**Der Ausschuss beschließt einstimmig (14 Ja-Stimmen), dem Antrag stattzugeben.**

**TOP 11.2 Betriebskostenspiegel -Antrag der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt und Rolf Klinkel-  
Vorlage: VO/2015/02293**

**Antrag:**

*Der Bürgermeister wird gebeten,*

- 1. dem Sozialausschuss zu berichten, inwieweit die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren ab 01.01.2015 im Rahmen der Berechnung angemessener Betriebskosten im Konzept der Sozialen Sicherung vom 30.11.2014 berücksichtigt worden sind.*
- 2. für das Gebiet der Hansestadt Lübeck einen Betriebskostenspiegel anfertigen zu lassen, der den Anforderungen der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes für ein schlüssiges Konzept entspricht. Die Anfertigung erfolgt im Zusammenhang mit der Herstellung des neuen Mietspiegels für die Hansestadt Lübeck.*
- 3. für die Berechnung angemessener Betriebskosten bei der Übernahme der Unterkunftskosten wird das Konzept der Sozialen Sicherung vom 30.11.2014 bis zur Anfertigung eines schlüssigen Konzeptes ausgesetzt. So lange richtet sich die Höhe der Mietobergrenzen nach § 12 des Wohngeldgesetzes für die Mietstufe 4 (Hansestadt Lübeck) zzgl. eines Sicherheitszuschlages von 10 %.*
- 4. dem Sozialausschuss über die Umsetzung zu berichten.*

**Begründung:**

*Das Konzept für die Übernahme Betriebskosten ist **nicht schlüssig** und entspricht auch **nicht den Forderungen der Rechtsprechung** des Bundessozialgerichtes für die Ermittlungen angemessener Betriebskosten.*

*Für die Festsetzung der Betriebskostenobergrenze benutzt die Soziale Sicherung einen Betriebskostenspiegel des Deutschen Mieterbundes, der die Kosten in Schleswig-Holstein wiedergeben soll.*

*So beziehen sich die Datenermittlungen des Betriebskostenspiegels nicht auf das Gebiet der Hansestadt Lübeck, sondern umfassen das gesamte Land Schleswig-Holstein. Das örtliche Bild des Lübecker Preisniveaus wird im Betriebskostenspiegel nicht wiedergegeben und er ist deshalb als Grundlage für ein schlüssiges Konzept ungeeignet (vgl. BSG Urteil vom 19.10.2010 Az. B 14 AS 2/10 R).*

*Auch weist der Betriebskostenspiegel Schleswig Holstein noch weitere Mängel für die Ermittlung angemessener Betriebskosten aus. Er ist nicht repräsentativ, da für die Herstellung nur die Daten von einzelnen Mitgliedern des Deutschen Mieterbundes benutzt wurden, die dazu auch nicht systematisch und planmäßig erhoben wurden.*

*Bei der Ermittlung angemessener Betriebskosten dürfen nur Abrechnungen berücksichtigt werden, die alle relevanten Betriebskosten enthalten. Die Soziale Sicherung hat jedoch nicht nachgewiesen, wie Wasser- und Abwasserrechnungen die nicht an den Vermieter, sondern direkt an die örtlichen Versorgungsunternehmen gezahlt werden und in Vermieterabrechnungen fehlen, bei der Herstellung des Betriebskostenspiegel einbezogen wurden.*

*Die Soziale Sicherung hat die im November 2013 gewährten Leistungen für die Betriebskosten ausgewertet, und behauptet, dass diese Leistungen auskömmlich sind (vgl. „Schlüssiges Konzept zu angemessenen Kosten der Unterkunft für die Hansestadt Lübeck nach § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII“). Diese Leistungen sind aber nur auskömmlich, weil die Soziale Sicherung Leistungen ausschließlich für angemessene Betriebskosten gewährt, die sich nach dem Betriebskostenspiegel des Deutschen Mieterbundes richteten. Darüber hinausgehende Kosten wurden nicht übernommen.*

*Dies ist jedoch kein Nachweis dafür, dass die von der Sozialen Sicherung für angemessen gehaltenen Betriebskosten ausreichend sind. Erforderlich ist eine Auswertung der anfallenden Betriebskosten der gesamten Wohnungen der Hansestadt Lübeck.*

Es sprechen Herr Klinkel, Frau Akyurt, Herr Stabe, Frau Menorca und Frau Jansen.

**Auf Antrag von Herrn Stabe beschließt der Ausschuss einstimmig die Vertagung des Antrags und erbittet von der Verwaltung für die erneute Beratung im März eine kurze rechtliche Stellungnahme bezüglich der Erstellung eines Betriebskostenspiegels für das Gebiet der Hansestadt Lübeck (Erforderlichkeit, Kosten).**

Anmerkung außerhalb des Protokolls: Die rechtlichen Ausführungen des Bereiches Soziale Sicherung sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

---

**TOP 12      Verschiedenes**

---

Es liegt nichts vor.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 03.03.2015, im VZM Mühlentor statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

**TOP 16      Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

---

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ein mündlicher Bericht der Verwaltung sowie eine Anfrage behandelt worden sind.

Lübeck, den 4. März 2015

Andreas Sankewitz  
Vorsitzender

Britta Bormann  
Protokollführung